

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Mittwoch (Nachmittag), 16. März 2022 / Mercredi après-midi, 16 mars 2022

2. Priorität – Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
2^e priorité – Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration

111 2021.RRGR.304 Motion 203-2021 Baumgartner (Jegenstorf, SP)
Integration von jungen Erwachsenen aktiv fördern

111 2021.RRGR.304 Motion 203-2021 Baumgartner (Jegenstorf, PS)
Encourager activement l'intégration des jeunes adultes

Le président. Nous passons encore à l'affaire du point numéro 111 de l'ordre du jour, il s'agit d'une motion, le débat est libre, le gouvernement propose le rejet de cette motion. Je laisse la parole à Mme la députée Lydia Baumgartner.

Lydia Baumgartner, Jegenstorf (SP), Motionärin. Ich weiss, zu diesem Thema hat man Vorstösse generell nicht sehr gerne. Ich beantrage dem Regierungsrat trotzdem, vorläufig aufgenommenen jungen Erwachsenen mit Ausweis F auf Verordnungsstufe – auf Verordnungsstufe – mittels Ausnahme den frühzeitigen Austritt aus der Kollektivunterkunft und somit einen Wechsel in private Wohnformen zu ermöglichen. Warum? In der Verordnung über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFV) wird als Ziel definiert: «Mindestens zwei Drittel der vorläufig Aufgenommenen [...] im Alter von 16 bis 25 Jahren befinden sich fünf Jahre nach ihrer Einreise in einer beruflichen Grundbildung.» Das ist ein hochgesetztes, aber wichtiges Ziel. Es gilt, alles daran zu setzen, dass es erreicht wird. Dafür sind aber gute und zeitgerechte Rahmenbedingungen unabdingbar. Für vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer mit F-Ausweis ist bei der Gesetzesrevision die Regel verschärft worden, was aus meiner Sicht nicht richtig ist. Gemäss Gesetz dürfen die Jugendlichen erst in eine private Wohnform umziehen, wenn sie mindestens 60 Prozent arbeiten und ein Sprachzertifikat A1 vorlegen. Ausnahmen gelten für Familien und besonders verletzte Personen, junge alleinstehende Erwachsene werden von dieser Ausnahme aber ausgeschlossen. Die Betroffenen können eine Kollektivunterkunft in der Regel erst mit Vorweisen einer Lehre verlassen. Integration beruht auf dem Grundsatz von Verlangen und Geben, beide Parteien stehen in der Pflicht. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und es ist im Interesse aller, dass die Ziele der Integration zeitnah erreicht werden können.

Wenn junge Asylsuchende die Chance erhalten, künftig bereits vor einer definitiven Arbeitsanstellung in eine private Wohnform zu wechseln, könnten die Integrationsziele rascher erreicht werden. Praxisbeispiele zeigen, dass ein Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft mit Personen mit Muttersprache Deutsch oder Französisch nicht nur ein rascheres Beherrschen der jeweiligen Sprache, sondern automatisch auch eine schnellere Adaption an die hiesigen Gepflogenheiten im Bereich der Kultur und Lebensgewohnheiten fördert. Zudem hätten sie eine Tandembegleitung. Nebst dem, dass die Integrationsziele schneller und effektiver erreicht werden, hätten solche Ausnahmen für den Kanton noch weitere Vorteile: Weniger belegte Plätze in Kollektivunterkünften müssten ja nebst dem Kernanliegen ebenfalls im Interesse des Kantons sein. Dass der Regierungsrat die Motion ablehnt, hat mich eigentlich nicht erstaunt. Es zeigt einmal mehr, dass man nicht bereit ist, viele junge Menschen auf ihrem Weg individuell zu unterstützen. Die aktuelle Situation zeigt, dass das System nicht taugt. Es hat schon vor der Gesetzesrevision nicht getaugt und es taugt auch jetzt nicht.

Aussitzen ist keine Lösung. Mich würden Lösungsvorschläge vonseiten der Regierung interessieren. Mit einer Ausnahmeregelung auf Verordnungsstufe könnte der Regierungsrat eine raschere Integration fördern, ohne dabei das Gesetz zu ritzen. Es ist wichtig, dass insbesondere Jugendliche

den Anreiz erhalten, sich sehr schnell zu integrieren, damit sie möglichst schnell auf eigenen Beinen stehen. Die regionalen Sozialdienste würden uns danken. Ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP), Fraktionssprecherin. Der Motionstitel «Integration von jungen Erwachsenen aktiv fördern» spricht die EVP-Fraktion sehr an. Es ist ganz in unserem Sinn, dass vorläufig aufgenommene junge Erwachsene mit Ausweis F ihre Integrationsziele rasch erreichen und bei den Massnahmen ihrer individuellen Integrationspläne aktiv mitwirken.

Das übergeordnete Ziel der SAFV – das ist ja klar, wir haben es vorhin gehört –: zwei Drittel der angesprochenen Menschen zwischen 16 und 25 sollen fünf Jahre nach ihrer Einreise in einer beruflichen Grundbildung sein. Um genau dieses übergeordnete Ziel zu erreichen, braucht es den kollektiven Effort einer Mehrheit dieser jungen Menschen. Genau hier scheiden sich die Geister der Motionärinnen von unseren als EVP-Fraktion. Uns ist nicht klar, inwiefern die Motionsforderung nach frühzeitigem Austritt aus den Kollektivunterkünften der Integration dieser Menschen dienlicher oder förderlicher sein soll. Genau dort passieren ja dank der Tagesstruktur die ersten Integrations-schritte. Ein frühzeitiger Austritt aus den Kollektivunterkünften bedeutet ja einen frühzeitigen Wechsel in die privaten Wohnformen, gerade ohne die gesetzliche Bestimmung der zwei zu erreichenden Zwischenziele zu erfüllen, namentlich zuerst das Sprachzertifikat auf Niveau A1 zu haben und mindestens zu 60 Prozent zu arbeiten.

Wir glauben nicht, dass dies ein erfolgsversprechender Schritt wäre, und teilen die Einschätzung des Regierungsrates, dass sich das neu eingeführte System zuerst bewähren sollte. Wir erwarten allerdings von den regionalen Partnern in dieser Hinsicht eine solide, qualitativ hochstehende Arbeit in der Begleitung und Ermächtigung der ihnen anvertrauten Menschen. Als EVP-Fraktion sind wir überzeugt, dass der Pull-Faktor eines Wechsels in private Wohnformen sehr stark sein kann und dass das Erreichen dieses Meilensteins die jungen Menschen auf ihrem Integrationsweg beflügeln kann. Selbstwirksamkeit ist ein nicht zu unterschätzender Wert. Wir wünschen uns in diesem Sinn viele Erfolgserlebnisse, viele Erfolgsgeschichten von und für diese jungen Menschen und wir freuen uns über viele gelungene Integrationsbiografien. Die EVP-Fraktion sieht den Sinn dieses Schritts der Motion nicht und lehnt sie darum ab.

Le président. M. le conseiller d'Etat souhaiterait qu'on termine cette affaire aujourd'hui, il a un décès dans sa famille et souhaiterait ne pas être là demain, si c'est possible de terminer ce soir, ça arrangerait M. Pierre Alain Schnegg. Je vous prie donc de raccourcir peut-être un petit peu vos interventions pour que M. le conseiller d'Etat puisse s'occuper de sa famille. Merci bien.

Aliki Panayides, Ostermundigen (SVP), Fraktionssprecherin. Ich kann mich kurzfassen und mich für die SVP-Fraktion in allen Punkten der Vorrednerin anschliessen. Wir sehen den Sinn dieses Vorstosses nicht und lehnen ihn deshalb ab.

Melanie Gasser, Ostermundigen (glp), Fraktionssprecherin. Auch ich versuche mich in diesem Fall ganz kurz zu halten. Auch wir gehen eigentlich in allen Punkten mit der EVP einig.

Ich glaube, was es zu betonen gilt, ist: Bis 18 haben wir in diesem Punkt ja sowieso keine Probleme, weil wir für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMA) besondere Regelungen haben. Ich muss ein Fragezeichen setzen: Was heisst private Unterbringung für Sie? Die Jugendlichen zwischen 18 und 25 brauchen ja eben genau noch Betreuung, brauchen eben noch Begleitung. Das heisst, eine WG mit jungen Erwachsenen bräuchte wirklich eine fest installierte Betreuung, es müsste eine begleitete WG sein. Da setzen wir ein grosses Fragezeichen hinter den Kostenpunkt. Wir glauben auch – das hat sich ja vor diesem Systemwechsel gezeigt –, dass es so nicht funktioniert. Jetzt müssen wir dem neuen System Zeit geben, um zu schauen, ob es funktioniert. Ich glaube, die Kollektivunterkünfte darf man nicht einfach immer als des Teufels bezeichnen. Wenn wir mit den Leistungen in den Kollektivunterkünften nicht zufrieden sind, müssen wir konkrete Änderungen fordern und nicht einfach schauen, dass alle Leute möglichst schnell aus diesen Kollektivunterkünften herauskommen. Wichtig ist zu betonen, dass wir keine Ungleichbehandlungen zwischen gewissen Altersgruppen herbeiführen wollen. Wieso sollen die 18- bis 25-Jährigen besser behandelt wer-

den als die 26- bis 30-Jährigen, zumal ihre Chancen, die Integrationsziele in nützlicher Frist zu erreichen, viel grösser sind als diejenige von den Personen, die über 25 oder zwischen 30 und 40 sind? In diesem Sinn lehnen wir die Motion ab.

Le président. Ich bitte Sie noch einmal, sich kurz auszudrücken, ausnahmsweise. Je donne la parole à M. le député Kullmann pour le groupe UDF.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Auch der EDU-Fraktion ist die Integration wichtig. Wir haben uns auch gefragt: Was ist der beste Weg? Wir hatten den Eindruck, was die Regierung aufgezeigt, macht für uns Sinn: dass genau diese Strukturen, die wir jetzt mit der Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern (NA-BE) seit 2 Jahren haben, hilfreich sind. Ich habe aber gedacht, ich könnte auch mal Rücksprache nehmen. In diesem Zusammenhang gebe ich noch schnell meine Interessensbindung bekannt: Ich bin seit etwa anderthalb Jahren Präsident des Vereins Asyl Berner Oberland, einer der fünf Regionalpartner. Ich habe sehr gerne schnell Rücksprache genommen zur Einschätzung der Situation vor Ort. Diese ist deckungsgleich mit jener des Regierungsrates. Zumindest beim Verein Asyl Berner Oberland haben wir bisher gute Erfahrungen gemacht mit den stärkeren Strukturen. Jugendliche haben in den Zentren – in Thun, im Oberland, heissen sie Take-Offs – eigene Möglichkeiten, bei denen sie wirklich gut begleitet werden. Das ist eine Unterstützung und eine Stabilisierung, auch gerade während den Übergängen: Berufsvorbereitendes Schuljahr (BVS), Vorlehre, Lehre, Berufsschulen etc.

Wir stützen uns deshalb einerseits auf die Einschätzung der Regierung, aber auch auf das, was ich vom Verein Asyl Berner Oberland mitbekommen habe, und wir lehnen den Vorstoss ab.

André Roggli, Rüschegg Heubach (Die Mitte), Fraktionssprecher. Wir sollen uns kurzfassen: Ich versuche, dies zu machen. Melanie Beutler hat schon ganz vieles gesagt. Als wir von Die Mitte den Titel gelesen haben, haben wir gesagt: Ja, das ist gut, wir müssen integrieren, da wollen wir vorwärtsmachen. Und gleichzeitig sind wir dann in der ganzen Diskussion, in der ganzen Abwägung dazu gekommen, dass wir im Glaubenskrieg zwischen der GSI und der SP mehr der GSI vertrauen und dass es gut ist, wenn man die jungen Menschen in einem geschützten Bereich behalten will. Deshalb lehnen wir diese Motion grossmehrheitlich ab.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Der Kanton Bern hat das neue Gesetz über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFG) erst gerade am 1. Juli 2020 in Kraft gesetzt. Das neue Gesetz kennt – wie wir wissen – eine gezielte Förderung der Integration während des Aufenthalts der Asylsuchenden in der Kollektivunterkunft. Dieses System hilft erstens, Kosten zu sparen, und zweitens motiviert es die Asylbewerbenden, bei den Massnahmen des Integrationsplans aktiv mitzuwirken. Die ersten Erfahrungen mit diesem System sind positiv. Es ist deshalb für den Freisinn nicht einzusehen, wieso gerade mal 20 Monate nach Einführung eines neuen Gesetzes alles wieder geändert werden soll. Wir können kein Interesse daran haben, nach den positiven Erfahrungen eine Änderung vorzunehmen und damit das Risiko zu laufen, dass Asylbewerbende längerfristig in der kommunalen Sozialhilfe bleiben, denn das belastet die betroffenen Gemeinden und die Steuerzahlenden sehr direkt, womit auch die Akzeptanz für solche Asylbewerbende sinkt. Aus diesen und noch vielen anderen Gründen lehnt die FDP diese Motion ab.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Fraktionssprecher. Wir unterstützen vonseiten der Grünen keine Kriege, wir unterstützen auch keine Glaubenskriege an dieser Stelle.

Wir haben uns das angeschaut. Wir gehen davon aus, dass es zu einer guten Integration kommt, wenn es einem möglichst wohl sein kann. Ich möchte nicht völlig ableugnen, dass es in Kollektivunterkünften nicht auch möglich ist, dass es einem wohl ist und dass es zu einer Integration kommen kann. Grundsätzlich gehen wir aber davon aus, dass die Integration besser geschieht, wenn diese in möglichst normalen Verhältnissen passiert, das heisst eben ausserhalb der Kollektivunterkünfte. Deshalb unterstützen wir diesen Vorstoss, diese Motion der SP.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Fraktionssprecherin. Vorläufig aufgenommene Personen und anerkannte Flüchtlinge müssen heute viel länger in den Kollektivunterkünften bleiben als früher. Ja, wir haben es in den Unterlagen gelesen, dass es für den Regierungsrat ganz wichtig ist, dass man in dieser ersten Phase auch schon gut zu ihnen schaut. Und wir haben auch gelesen, dass man der Meinung ist, dass es eigentlich besser sei, dort zu bleiben. Aber: Seien wir doch ehrlich. Diese Kollektivunterkünfte sind vielleicht nicht gerade des Teufels, wie das vorher Grossrätin Gasser gesagt hat, aber: Sind sie wirklich gut für die Jugendlichen, die nicht mehr UMAs sind und trotzdem dort sind? Wir sind der Meinung, dass ein langer Verbleib in den Kollektivunterkünften sehr häufig eine erfolgreiche und rasche Integration verhindert. Warum? Es ist eine unsichere Wohnform, es hat enge Platzverhältnisse. Die kollektiven Strukturen, die man dort hat, sind keine normalen Tagesabläufe. Die selbständige Lebensführung ist total schwierig in einer solchen Kollektivunterkunft. Die Möglichkeit, Alltagskompetenzen zu erwerben – liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wollen Sie das dort machen? Rückzugsmöglichkeiten – wo genau wollen Sie in einer Kollektivunterkunft lernen? Ja, wir haben gesehen, dass es in der Antwort kritische Worte gibt. Es heisst dort: Als man sie früher hinausgelassen habe, sei es auch schwierig gewesen. Aber bitte, wenn Sie Zahlen brauchen, dann vergleichen Sie: Nehmen Sie eine Gruppe, die man früher in solche privaten Unterkünfte gehen lässt und vergleichen Sie sie mit jenen, die bleiben müssen – und dann haben wir eine Aussage. Einfach zu sagen, «Das lief nicht so super», finde ich eine nicht so tolle Antwort.

Lesen Sie noch einmal genau, was die Motion meiner Kollegin eigentlich will: «Ausnahmen für einen frühzeitigen Austritt und einen Wechsel ermöglichen» – nicht einfach für alle, keine Giesskanne, sondern Ausnahmen für einen frühzeitigen Austritt und einen Wechsel ermöglichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie: Stimmen Sie dem zu, stimmen Sie dieser Motion zu, damit wir bei denjenigen, die es brauchen können, bei jenen, welche Möglichkeiten haben, wirklich frühzeitig mit der Integration anfangen können, weil es sich lohnt, sich einzusetzen für jeden einzelnen, jede einzelne, die wir früher herausholen können, die wir später nicht in der Sozialhilfe haben. Merci vielmals für ein Ja zu dieser Motion.

Le président. Je remercie les groupes de leur compréhension. Je laisse la parole à M. le conseiller d'Etat Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Je serai bref : l'objectif du canton est clairement de pouvoir intégrer ces jeunes. Pourquoi nous avons révisé la loi que vous avez acceptée ici, il y a encore moins de deux ans ? C'est tout simplement parce que l'ancien système a donné des résultats qui étaient extrêmement mauvais. Et ce que l'on demande ici, c'est un retour partiel à cet ancien système.

Les jeunes qui sont aujourd'hui dans ces centres collectifs ont la possibilité de prendre un logement lorsqu'un certain nombre de critères a été atteint et les critères que nous avons fixés ne sont pas des critères inatteignables. Quant à l'argument que les services sociaux régionaux nous seraient reconnaissants, aujourd'hui, les services sociaux régionaux ne sont pas du tout touchés par cette clientèle du fait que cela fait seulement deux ans que c'est en cours et que les services régionaux ne reçoivent ces personnes qu'après cinq ou sept ans. Donc, cet argument-là n'est malheureusement pas cohérent par rapport à cette motion. C'est la raison pour laquelle je vous invite à refuser cette motion de manière à ce que nous puissions continuer avec la loi qui a été mise en œuvre et valider pas à pas les efforts que font nos différents partenaires.

Le président. La motionnaire ne souhaite pas prendre la parole, donc, nous allons voter sur cette intervention du point 111 de l'ordre du jour. L'intervention est maintenue sous la forme d'une motion. Nous votons donc : les député-e-s qui acceptent cette intervention sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui rejettent cette proposition votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.304

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	35
Nein / Non	83
Enthalten / Abstentions	3

Le président. (*Unruhe im Saal / Agitation dans la salle*) Ce n'est pas terminé, s'il vous plaît, encore un peu de patience. – Vous avez rejeté cette intervention du point numéro 111 de l'ordre du jour.